

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 825

Mittwoch, 19. März 2025

32. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

<i>Interview mit Carlos E. Choc: Wir zeigen den Leuten andere Perspektiven.....</i>	<i>1</i>
<i>Petén: Verurteilung wegen des Femizids an Cristina Ramírez aufgehoben.....</i>	<i>4</i>
<i>Der Femizid von Melisa Palacios harrt der Gerechtigkeit.....</i>	<i>5</i>
<i>Josefina Herrera, una mujer que rompió estereotipos al volante en Santa María Tzejá.....</i>	<i>6</i>
<i>Totale Mondfinsternis in Guatemala.....</i>	<i>6</i>

Interview mit Carlos E. Choc: Wir zeigen den Leuten andere Perspektiven

Im Folgenden dokumentieren wir einen Teil eines Interviews, das Kevin Kaisig als Redakteur von Radio Lora in München am 28.11.2024 mit dem guatemalteckischen Journalisten Carlos Choc geführt hat. In voller Länge anzuhören unter: <https://www.freie-radios.net/132109>

Der Teil des Interviews, der sich mit dem gewaltfreien Widerstand nach den Präsidentschaftswahlen befasst, ist auf gewaltfreieaktion.de nachzulesen. Sowohl Kevin Kaisig als auch Stephan Brües sind dort Redakteure in Teilzeit.

Kevin: Zunächst, Carlos, erzähl ein wenig von dir. Wer bist du und wie möchtest du dich vorstellen?

Carlos: Mein Name ist Carlos Ernesto Choc. Ich bin ein Q'eqchi'-Journalist und arbeite seit über 16 Jahren in diesem Beruf. (...) Für uns als einheimische oder ursprüngliche Völker Guatemalas ist Guatemala nicht unser Land. Wir nennen unser Land Iximulew, Und deshalb betonen wir und fordern ein, wer wir sind, weil wir so lange unsichtbar gemacht worden sind. Deswegen identifiziere ich mich so sehr als Maya und als Journalist. Der Umwelt- und Menschenrechtsjournalismus, wenn ich es auf mein Volk übertrage, ist ein Journalismus in Verteidigung der Mutter Erde und der Menschenrechte.

Kevin: Q'eqchi' ist also eine Gemeinschaft innerhalb der Maya?

Carlos: Die Q'eqchi' sind ein Volk, das für uns in einem zusammenhängenden Gebiet lebt. In den Massstäben Guatemalas sind das grob gesagt vor allem die drei Departements Alta Verapaz, Petén und Izabal.

Kevin: Jetzt[im Herbst/Winter 2024, d. Red.] bist du in Deutschland und das hat auch mit deiner journalistischen Arbeit zu tun. Kannst du ein wenig den Hintergrund erklären?

Carlos: Ja, eine der wichtigsten Herausforderungen für diese Art des Journalismus ist, nach Strategien zu suchen, um weiterhin an Umweltthemen arbeiten und die Menschenrechte verteidigen zu können. (...) Die Arbeit birgt viele Risiken. Doch wenn ich es in einem Land wie diesem tue, in dem ich mich derzeit für sechs Monate aufhalte, fühle ich mich sehr gut. Ich bin glücklich, obwohl meine Familie nicht hier ist. Ich bin hier, (...) um die Arbeit des Journalismus zu stärken und um über das, was in unserem Land passiert, weiter zu informieren. Zum Beispiel betrifft uns die Klimakrise sehr stark, dann sind da die Landenteignungen. Und die Rohstoffindustrie paktiert mit dem organisierten Verbrechen und der Regierung. Das ist der Grund, warum ich für ein paar Monate hier bin, damit ich auch ein bisschen entspannter sein kann, nicht so unter Druck stehe wie wir dort drüben.



Carlos E. Choc (Foto: Stephan Brües)

Kevin: Nach dem Aufenthalt in Deutschland gehst du zurück nach Guatemala und setzt deine Arbeit dort fort?

Carlos: Ja, denn in Guatemala, in Iximulew, haben wir eine institutionelle, politische und wirtschaftliche Krise. Natürlich gibt es auch Kolleg*innen, die diese Thematik ansprechen, die von Korruption sprechen usw. Aber es ist unglaublich, wie die derzeitige Situation uns dazu zwingt, ins Exil zu gehen. Es ist so schlimm, dass nicht nur Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen oder Justizmitarbeiter*innen kriminalisiert werden, sondern auch Regierungsbeamt*innen oder selbst der Präsident, wenn sie mit ihnen nicht einverstanden sind. Denn Guatemala ist (...) ein Drogen-Staat. Aber hier gibt es keine Kartelle, sondern die ganze institutionelle Staatsstruktur ist mit dem organisierten Verbrechen verbunden. Die Armee, das Justizsystem, die Staatsanwaltschaft usw. Wir haben eine Staatsanwaltschaft, die korrupte Handlungen deckt, z.B. einen Pakt von korrupten öffentlichen Beamt*innen, der öffentlich bekannt ist, für den es Beweise gibt und bei dem es Verbindungen zum Drogenhandel gibt. Sie begünstigt die Eliten.

Wenn ich das auf die Region übertrage, wo ich lebe, ins Gebiet der Q'eqchi', dann gibt es drei mächtige Akteure: Erstens die Rohstoffindustrie. Darunter fallen die Palmölmonokultur, die sich jedes Jahr aggressiv ausbreitet und uns ohne Wald zurücklässt, die Wasserkraftwerke, von denen immer mehr gebaut werden, obwohl sie schon viele Gemeinden ohne Wasser zurückgelassen haben und sogar mit politischen Gefangenen wie Bernardo Caal Xol zusammenhängen und der Bergbau, insbesondere der Tagebau, der uns auch ohne Wasser zurücklässt. (...)

Der zweite mächtige Akteur ist das organisierte Verbrechen. Dieses (...) finanziert die Politiker*innen in diesem Gebiet, die Bürgermeister*innen der Gemeinden und sogar die Mitglieder des Kongresses.

Der dritte mächtige Akteur im Gebiet der Q'eqchi' sind schliesslich die Grossgrundbesitzer, von denen viele aus anderen Ländern kommen, auch aus Deutschland. Tag für Tag eignen sie sich das Land der Menschen an, vertreiben sie, um Ölpalmen anzupflanzen. Erst jüngst kam es in unserem Gebiet zu Vertreibungen.

Kevin: Wie du beschrieben hast, werden viele Mechanismen angewandt, um Journalisten wie dich oder die gemeinnützige Presse zum Schweigen zu bringen, die über Bergbau, die Rohstoffindustrie, die Landwirtschaft der Monokulturen und das organisierte Verbrechen berichten. Einer dieser Mechanismen, der verwendet wird, ist der Einsatz von Gerichtsverfahren. Davon warst auch du betroffen. Kannst du ein wenig darüber berichten und auch darüber, wie sich das auf deine Arbeit auswirkt?

Carlos: Ja, am 31. Januar 2024, wurden alle Anklagen gegen mich fallen gelassen. Für mich war das ein sehr wichtiger Tag, den ich nie vergessen werde, denn diese Strafverfahren gegen mich und auch gegen die Fischer, die ihre Stimme gegen die Verschmutzung des Izabal-Sees erhoben hatten, zog sich lange Jahre hin. Es begann am 17. August 2017. Ich erinnere mich gut, als mir mitgeteilt wurde, dass gegen mich ein Haftbefehl vorlag, und ich konnte es nicht glauben. Ich bin Journalist, wie können sie gegen mich einen Haftbefehl erlassen?

Als die Anwälte mich aufsuchten und mir sagten, dass ich ein sehr ernstes Problem hatte, konnte ich es nicht glauben, selbst als ich das offizielle Dokument sah. So begann also diese schwierige Geschichte für meine Arbeit, für mein Leben, für meine Familie, und es begann die Zersetzung. Denn das ist es, was wir Aktivist*innen, die diese komplizierte Situation durchleben, durchmachen. Zuerst die familiäre Zersetzung. Dann kommt die soziale Zersetzung, und diese zieht sich den ganzen Prozess hindurch. (...)

Was meine ich mit der Zersetzung der Familie? Zum Beispiel fangen sie an, die eigenen Verwandten zu kooptieren, um einen Konflikt zu erzeugen. In meinem Fall sprechen sie mit meinen Brüdern und die Firma bietet ihnen Arbeit an. Sie sprechen mit der Mutter meiner Kinder, wir haben uns vor vielen Jahren getrennt und leben nicht mehr zusammen, um ihr einen Job anzubieten und auch ihrem derzeitigen Partner. Und dann beschuldigt mich meine eigene Familie. Dann kommen noch viele andere Dinge dazu. Sie versuchen meiner Mutter Geld anzubieten, damit sie sagt, wo ich gerade bin. Aber sie beziehen auch die Nachbarn in der Nähe mit ein. Sie versuchen, dich in der Gemeinschaft zu diffamieren. Sie sagen, dass du ein Krimineller bist, dass du ein Drogendealer bist. Deshalb sucht die Polizei nach dir. Sie haben es vor allem auf Menschen abgesehen, die dir nahestehen.

Ich lebe in einer Anti-Bergbau-Gemeinschaft, (...) die immer im Widerstand ist. Das hat mir zum Glück sehr geholfen. Die Gemeinschaft ist autonom, was das Trinkwasser angeht. Das Wasser muss nicht bei der Kommune oder beim Staat bezahlt werden, sondern bei der Gemeinschaft selbst. Es wurden also bereits viele Dinge getan, um eine richtige Gemeinschaft zu schaffen. Und mir hat es sehr geholfen, dass ich dort lebe. Aber es ist auch kompliziert, weil jetzt diese Person aufgetaucht ist. Ich weiss nicht, wo sie davor gelebt hat. Aber die Behörden sagen, dass der Mann jetzt der Besitzer des Landes ist und dass meine Gemeinschaft vertreiben will, weil sie gegen den Bergbau ist. Bei so vielen Androhungen von Vertreibungen habe ich (...) mich zurückgehalten, aber ich fühle auch, dass jetzt der Moment ist, wo ich darüber sprechen muss.

Die Folgen der sozialen Zersetzung sind schlimm. Man hat nicht mehr die Möglichkeit hinauszugehen, zum Beispiel, zu einem Treffen von Menschenrechtsorganisationen und dort Informationen einzuholen. Man kann es nicht mehr tun, weil man gesehen wird und die Polizei kommt und einen verhaften kann. Das ist in meiner Stadt bereits passiert. Es fand ein Menschenrechtstreffen statt, das sogar vom Ombudsmann Guatemalas für Menschenrechte ausgerichtet wurde. Er lud

Menschenrechtsaktivist*innen ein und sie dachten, es ist eine guatemalteckische Menschenrechtsinstitution. Wenn sie einen kriminalisierten Aktivist mitbringen, würden sie ihn schon nicht verhaften, aber als der Ombudsmann das Treffen verliess, wurde der Aktivist sofort verhaftet.

All diese Treffen oder Aktivitäten, oder auch nur der Gang zum Laden, um Lebensmittel, einen Laib Brot oder ein Erfrischungsgetränk zu kaufen, kann man nicht mehr wahrnehmen. Man bleibt im Verborgenen, muss sein Leben schützen.

Oft kommt dann der Vorwurf, man fliehe vor der Justiz. Niemand flieht vor der Justiz, keine Journalist*innen, die sich für die Menschenrechte, für die Verteidigung der Mutter Erde einsetzen, fliehen vor der Justiz. Was wir tun, ist, unser Leben zu schützen, denn wir wissen, dass sie uns nicht suchen, weil wir ein Verbrechen begangen haben, sondern um uns zum Schweigen zu bringen, um uns zu töten, damit andere Menschen nicht mehr aufstehen und ihre Stimme erheben. (...) Ich musste ein Jahr und fünf Monate damit verbringen, im Geheimen zu wirken, mein Leben zu schützen, nur damit der Richter mich anhört. (...) Jedes Mal, wenn meine Anwälte eine Anhörung beantragten, wies sie der Richter ab. (...) Ein Jahr und fünf Monate vergingen, bis der Richter schliesslich, nach viel Druck, u.a. vom Komitee zum Schutz von Journalist*innen, uns eine Anhörung zugestand. Das ist illegal, in meinem Land muss nach spätestens dreissig Tage eine erste Anhörung stattfinden. Bei mir dauerte es ein Jahr und fünf Monate.

Endlich im Jahr 2019 hört der Richter uns an. Und dennoch leitet er danach ein Gerichtsverfahren gegen mich ein. (...) Insgesamt wurden mir fünf Straftaten vorgeworfen. Darunter waren die Bildung einer krimineller Vereinigungen (das ist das Verbrechen, wofür Leute aus der organisierten Kriminalität ins Gefängnis geschickt werden!), die Anstiftung zu Straftaten, die Bedrohung von anderen Menschen (aber wen?), der Verstoß gegen das Versammlungsrecht. Ich soll angeblich Treffen mit Leuten aus der organisierten Kriminalität gehabt haben. All das sind sehr gravierende Straftaten und für jede einzelne der Anklagen, für jede einzelne Anschuldigung musste ich Schritt für Schritt beweisen, dass ich unschuldig war. Und das obwohl die Staatsanwaltschaft im Jahr 2019 beantragte, den Fall zu schliessen, weil keinerlei Beweise vorliegen. Sogar als der Richter das Bergbauunternehmen (Solway Investment Group) fragte, sagten diese, dass sie mit den Forderungen der Staatsanwaltschaft völlig einverstanden seien. Ich konnte mein Glück kaum fassen, das war im Jahr 2019, ich dachte, dass wir endlich aus dieser Situation herauskommen. Aber der Richter, da er Teil des organisierten Verbrechens ist, entscheidet sich trotzdem dazu, ein Gerichtsverfahren gegen mich einzuleiten. (...)

Meine Anwälte haben also gegen die Entscheidung des Richters Berufung eingelegt, mir Bewährungsaufgaben aufzuerlegen. Diese dauerten von 2019 bis zum 31. Januar 2024. Jeden Monat musste ich zur Staatsanwaltschaft gehen und mich melden. Das war eine schwierige Situation. Und es wurde noch komplizierter, weil im Jahr 2022 ein weiterer Haftbefehl gegen mich erlassen und ein weiteres Strafverfahren gegen mich eröffnet wurden. Ich hatte die heftige Unterdrückung von Protest dokumentiert, wobei die Polizei wieder Schusswaffen einsetzen wollte (...) Mehrere Polizisten klagten mich an und behaupteten, ich hätte sie angegriffen, sie verprügelt und dass ich hochkalibrige Waffen bei mir getragen hätte, obwohl das Einzige, was ich bei mir hatte, meine Kamera und mein Handy gewesen waren. Ich bewies meine Unschuld. Der Richter liess die Anklage gegen mich fallen. (...) Meine Aufnahmen an jenem Tag habe ich direkt gesendet. Tatsächlich gab es andere Kolleg*innen, die Fotos von mir machten, als ich die Polizeibeamten interviewte und die Demonstrierenden. Wann soll ich also wen angegriffen haben? Vor allem, wenn es ein Video gibt, in dem ich von ihnen angegriffen werde und in dem sie mir alles wegnehmen, weil sie nicht wollten, dass bekannt wird, dass sie Schusswaffen hatten, um auf die Leute zu schiessen. Ich glaube, da wussten sie einfach nicht mehr, was sie tun sollten, und sie erklärten mich für unschuldig. (...)

Die Ersatzmassnahmen aus dem ersten Fall begleiteten mich jedoch weiter. (...), bis dieser Prozess im Januar 2024 eingestellt wurde. Für mich war es, als ob (...) ein neues Leben beginnen würden. (...)

Kevin: Du bezeichnest dich als „periodista comunitario“, als einen Journalisten der Zivilgesellschaft. Es geht dir um gemeinnützigen Journalismus. Du hast zum Beispiel für „prensa comunitaria“ gearbeitet (...).

Carlos: Eines der Ziele meiner Arbeit als Journalist ist es, den zivilgesellschaftlichen oder auch gemeinnützigen Journalismus zu stärken. Warum? Weil es viele Leute gibt, die diese Art des Journalismus betreiben, sich dessen aber nicht bewusst sind. Dieser Journalismus ist dem Schutz der Mutter Erde, den Menschenrechten, der Diversität oder auch dem Feminismus verschrieben. Letztendlich definiert der zivilgesellschaftliche Journalismus bestimmte relevante Themen für die Berichterstattung. (...)

Hier in Europa sehe ich auch viele Leute, die gemeinnützigen Journalismus betreiben, ohne sich vielleicht als solche zu definieren. Es gibt sogar Kinos und Filme in diese Richtung. Das ist schön! Aber ich denke, ein Bewusstsein und ein Selbstverständnis des zivilgesellschaftlichen Journalismus zu entwickeln hilft, um Ereignisse zu analysieren und einzuordnen. Es ist also mein Ziel, den zivilgesellschaftlichen Journalismus zu stärken und damit auch mein Volk der Q'eqchi' und die Ältestenräte. Denn ich habe viel Respekt davor, wie sie denken und handeln. Es sind sehr weise Menschen. Sie werden uns nicht aufgezwungen oder ernennen sich etwa selbst, sondern sie werden in einer Versammlung aller Q'eqchi'-Gemeinschaften gewählt.

Kevin: Hier in Deutschland werden die Begriffe gemeinnütziger Journalismus oder Non-Profit-Journalismus verwendet. Ich denke, die Konzepte sind sehr ähnlich.

Carlos: Eine Sache möchte ich noch ergänzen. Wir zivilgesellschaftlichen Journalist*innen, das ist das Schöne, sind

meistens nicht nur Journalist*innen. Es kommt vor, dass zum Beispiel eine Lehrerin an einer öffentlichen Schule gemeinnützigen Journalismus betreibt. Oder auch ein Landwirt. Am Morgen bestellt er das Feld und den Rest des Tages sitzt er an seinem Schreibtisch, berichtet, macht Notizen und ist Journalist. Das ist das Schöne daran. Denn der zivilgesellschaftliche Journalismus trägt sich selbst. Wir sind autonom. Ich verkaufe zum Beispiel Fotos und mache noch andere Jobs, um mich zu finanzieren und weiterhin als gemeinnütziger Journalist arbeiten zu können. Viele Leute fragen mich tatsächlich: Wie kommst du über die Runden?

Nach einem Investigativprojekt, dass ich gemeinsam mit dem guatemaltekischen Nachrichtenmedium „Prensa Comunitaria“ gemacht habe, endete mein Vertrag im Jahr 2022 und danach wurde ich Mitglied von Forbidden Stories, ein investigatives journalistisches Netzwerk mit Sitz in Paris. Auch deshalb bin ich hier in Europa und es gibt mir mehr Unabhängigkeit. (...)

Zivilgesellschaftlicher Journalismus bedeutet für mich, die Stimmen der Menschen in lokalen Gemeinden oder Regionen zu erfassen, die in den Massenmedien keine Beachtung erfahren. Und wir wollen (...) das Narrativ des Rassismus oder der Homophobie durchbrechen, die von einigen der korrupten politischen Medien verbreitet werden. Dadurch sind wir unangenehm für sie, weil die Leute nicht mehr nur mit einer Perspektive konfrontiert werden. Wir zeigen den Leuten andere Perspektiven. Wir möchten keine Meinungen erzwingen, sondern wir erzählen Geschichten, damit die Leute ihre eigenen Schlussfolgerungen ziehen können.

Petén: Berufungsverfahren wegen des Femizids an Cristina Ramírez erfolgreich

San Juan, 13. März - In den letzten Wochen hat die Anwendung von Verfahren, in denen gegen ein Schuldeingeständnis eine Straferlassung möglich machen, eine intensive öffentliche Debatte ausgelöst. Dieses Verfahren – so ist die Kritik – sei nun in Fällen von Personen, die schwerer Verbrechen beschuldigt werden, angewandt worden. Das trage möglicherweise zur Straffreiheit bei Verbrechen von grosser sozialer Tragweite bei.

Eines dieser Fälle geschah nun im Petén: Dort akzeptierte ein Berufungsgericht des Departements Petén eine Berufung der Staatsanwaltschaft für Femizid, die mit dem Fall von Cristina Ramírez Méndez betraut war, einer Frau aus dem Departement Petén, die am 3. April 2024 Opfer eines Femizids wurde.

Abner Lemuel Pan Milián war an diesem Verbrechen beteiligt und wurde von der Staatsanwaltschaft des Mordes angeklagt. Er wurde verhaftet und es war zu entscheiden, ob er vor Gericht gestellt werden würde oder nicht. Das Strafgericht erster Instanz dieses Departements lehnte jedoch den Antrag der Staatsanwaltschaft für Femizid ab und änderte die Anklage in Vertuschung einer Straftat. Durch die Änderung des Straftatbestands konnte die Richterin dem Beklagten nicht nur Hausarrest, sondern auch ein Verfahren zum Schuldeingeständnis gewähren. Die Strafe betrug nur noch ein Jahr und sechs Monate Gefängnis, umwandelbar in eine Geldstrafe in Höhe von 5 Q (knapp 60 Cent) pro Tag. Mit anderen Worten: Durch die Zahlung von 2.735 Q (etwa 319 €) konnte Pan Milián seine Freiheit wiedererlangen.

So geschah Cristinas Verbrechen

Aus der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft geht hervor, dass Pan Milián und sein Komplize an jenem Tag um 11.30 Uhr im Viertel La Amistad in Poptún, Petén, auf einem weiss-roten Motorrad ankamen, sich etwa einen Häuserblock von der Wohnung von Cristina Ramírez Méndez entfernt aufhielten und sie mit einem Trick dazu brachten, ihre Wohnung zu verlassen. Er und der andere Beteiligte nutzten den Moment, um auf das Opfer zu schießen. Der Bericht des Nationalen Instituts für forensische Wissenschaften (INACIF) stellte fest, dass die Todesursache eine Schusswunde war, die zu einem Riss der Aorta thoracica führte.

Die Richterin, die den Fall verhandelte, ignorierte jedoch die während der Ermittlungen gesammelten Beweise, die den Angeklagten als direkt in diese Tat verwickelt sahen. Im Gegenteil, sie änderte die Straftat in eine weniger schwerwiegende und verurteilte ihn gemäss seines Schuldeingeständnisses. „Wir rügen, dass sie auch gegen den Grundsatz der hinreichenden Begründung verstossen hat, da es logisch und kongruent war, dass der Angeklagte mit Vorsatz handelte, um das Verbrechen des Mordes zu begehen. In dieser Gedankenfolge rügen wir auch, dass sie als promovierte Juristin ihre Erfahrung fälschlicherweise anwandte, indem sie die aufgenommenen und gewürdigten Beweise bei der Verhandlung über das Schuldeingeständnis nicht angemessen berücksichtigte“, so die Staatsanwaltschaft in ihrer verquastesten juristischen Sprache.

Kammer berichtigt die Entscheidung des Gerichts

Die Berufungskammer, bestehend aus den Richter*innen Efraín Berganza Sandoval, Marco Antonio Ramos Sologaistoa und Karol Desireé Vásquez, stimmte der Staatsanwaltschaft zu und hob die Entscheidung des Gerichts auf, die den angeklagten Mörder begünstigt hatte. Die Richter*innen stellten fest, dass die Richterin, die den Fall verhandelt hatte, einen anderen Straftatbestand definiert hatte, ohne die Tatsachengrundlage der von der Staatsanwaltschaft in der Verhandlung erhobenen Anklage zu ändern. Mit anderen Worten: Sie hat nur den Straftatbestand geändert, ohne den konkreten Tatbestand der Anklage, nämlich Mord, zu berücksichtigen.

„Diesbezüglich hat das Verfassungsgericht entschieden, dass es die Pflicht der Richter*innen ist, bei der Anwendung des spezifischen Verfahrens des Schuldeingeständnisses von Anklagen mit unzweifelhafter Sicherheit festzustellen, ob die Straftaten, die den Angeklagten vorgeworfen werden, nicht zu denen gehören, die nach dem Gesetz nicht ein solches

vorteilhaftes Verfahren ermöglicht, weil die Gesetzgebung der Meinung war, dass einige Straftaten von der Möglichkeit, auf dieses Verfahren zurückzugreifen, ausgeschlossen werden sollten‘ (Urteil vom 25.07.2023, ausgestellt in der Rechtssache Nr. 7.193, Spiegelstrich 2.220). Daher ist die Kammer der Meinung, dass die sog. Verfahrensgarantien [vermutlich die Garantie, dass ein Verfahren richtigerweise angewendet wird, d.Red.] verletzt wurden, so dass die Einlegung von Rechtsmitteln und die Aufhebung des ergangenen Beschlusses ermöglicht werden muss“, so die Kammer.

Nach Ansicht der Anwältin Flor Gálvez gibt es in gute Gründe, für das im geltenden Gesetz über das Schuldeingeständnis festgelegte System Veränderung einzufordern. Sie ist der Ansicht, dass diese Regelung zwar als Mechanismus zur Entlastung der Justiz gedacht war, in der Praxis jedoch strukturelle Mängel aufweise, die eine gründliche Überprüfung erfordern. Gálvez wies darauf hin, dass das derzeitige System „das Recht der Opfer auf Zugang zu einer wirksamen und wiederherstellenden Justiz nicht ausreichend gewährleistet. Es weist systembedingte Schwachstellen auf, die in bestimmten Fällen Straffreiheit begünstigen könnten“. (Prensa Comunitaria)

Der Femizid von Melisa Palacios harrt der Gerechtigkeit

Chiquimula, 13. März – Ein Richter wird im Prozess wegen Femizid in Sozialen Netzwerken unter Druck gesetzt und gibt auf. Wie es weitergeht, ist unklar.

Der Fememord an Melissa

Melissa Alejandra Palacios Chacón war eine junge Studentin, die im Barrio El Centro San Jorge in Zacapa lebte. Sie wurde am 4. Juli 2021 als vermisst gemeldet und am folgenden Tag in einem Waldstück in der Gemeinde Río Hondo tot aufgefunden. Marroquín und Bonilla wurden am 25. August in Antigua Guatemala, Sacatepéquez, wegen des Femizids an Melissa verhaftet, nachdem das Gericht von Zacapa sie als Flüchtlinge ansah, als ein Haftbefehl gegen sie vorlag.

Der Richter unter Druck

Der Richter der Ersten Strafinstanz von Chiquimula, Juan José Regalado Rivas, gab vor der Aussetzung der Anhörung im Prozess gegen María Fernanda Bonilla Archila und José Luis Marroquín Ovalle wegen des Mordes an Melisa Palacios an, dass er über die sozialen Netzwerke scharfe Kritik dafür erfahre habe, dass er diesen Fall verhandle. Er gab dabei jedoch nicht an, auf welche und wessen Veröffentlichungen er sich bezog.

„Ich verstehe, dass sie nicht wollen, dass ich diesen Fall anhöre. Sie haben es im Gerichtssaal und in den sozialen Netzwerken gesagt. Ich werde anordnen, dass diese Anfechtung durch das Instituto de la Víctima (IDV) von der Kammer angehört wird, aber sie hat keine aufschiebende Wirkung. Das Ermittlungsverfahren wird fortgesetzt, aber nicht die Gerichtsverhandlung. Ich bitte die Kammer, mich von der Verhandlung dieses Falles abziehen“, sagte der Richter.

Nach Ansicht des IDV ist es für einen Richter dieses Gerichts nicht angebracht, den Fall weiter zu verhandeln. Derzeit findet das Strafverfahren gegen Bonilla Archila und Marroquín Ovalle vor dem Gericht in Chiquimula statt. Nachdem ein Richter in Zacapa den Straftatbestand verändert hatte, wurde Bonilla wegen Mordes in einem Zustand gewalttätiger Emotionen (*Mord im Affekt?*, d.Red.) angeklagt, aber die IDV wird einen Antrag stellen, dies in das Verbrechen des Mordes umzuwandeln, da die Beweise der Staatsanwaltschaft (MP) dieses Delikt rechtlich gut begründen.

Sicherheitseinsatz für die Angeklagten

Auf dem Weg zur Anhörung wurden Bonilla und Marroquín, die des Mordes an der jungen Studentin aus Zacapa beschuldigt werden, von vier Streifenwagen der Nationalen Zivilpolizei (PNC), mehr als 30 Polizeibeamten, zwei Kleinbussen und Wachen des Strafvollzugs (SP) bewacht. Während der Anhörung erklärte die Verteidigung der Angeklagten, dass sie „zutiefst enttäuscht sind, dass eine Anhörung, die seit 2023 anberaumt und ausgesetzt ist, aufgrund des inaktiven Beschwerdeführers nicht stattfinden kann“. Ihm zufolge gibt es Rechte für beide Parteien.

In den dreissig Minuten, die die Anhörung an diesem Mittwoch dauerte, sagte der Richter, dass er in den 40 Jahren, in denen er in der Justiz arbeitet, noch nie eine Verwaltungsanktion erhalten habe, aber er fühle sich durch das, was in Nachrichtenseiten und sozialen Netzwerken veröffentlicht werde, verleumdet. (...)

Die Anhörung wurde aufgrund von Einsprüchen gegen den Richter unterbrochen. Ein neuer Richter wird nun einen Termin für eine neue Zwischenanhörung festlegen müssen. In der Nähe des Gerichtsgebäudes wurden Spruchbänder mit der Forderung nach Gerechtigkeit für Melisa aufgehängt, auf denen zu lesen war: „Sie ist nicht gestorben, sie haben sie getötet“. Auch Melisas Familie plädierte dafür, dass es ein Mordprozess werden müsse. (Prensa Comunitaria)

Josefina Herrera, eine Frau durchbricht die Stereotypen in Santa María Tzejá

Santa Maria Tzeja, 9. März - Josefina Herrera González, eine junge Mutter von zwei Kindern, ist nach einem halben Jahrhundert Gemeindeleben die erste weibliche Mototaxifahrerin im Dorf Santa María Tzejá im Ixcán, Department Quiché. Sie trotz den Stereotypen und ebnet den Weg für andere Frauen in einem traditionell von Männern dominierten Beruf - national und weltweit.

Am Internationalen Frauentag nahm sich Josefina für ein Interview ein paar Minuten mehr Zeit - ein Luxus, den ihr hektischer Alltag selten zulässt. Dann erzählte sie, wie sie zu dieser Arbeit kam. Alles begann mit dem Wunsch, Motorradfahren zu lernen. Dieser persönliche Traum fiel mit einer einmaligen Jobchance zusammen: Sie sollte eines von zwei Motorradtaxis fahren, die einem gemeindebasierten Kollektiv von Tz'ija'-Unternehmern gehören.

Als Josefina die Ausschreibung sah, bewarb sie sich ohne zu zögern und beherrschte mit der Unterstützung ihres Mannes schnell die Manöver des Motorradtaxis mit dem Namen „Kan 2“, einem Symbol aus der Kosmogonie der Maya. So lernte die junge Frau nicht nur das Fahren, sondern schrieb auch Geschichte, dreissig Jahre nach dem Bau der unbefestigten Strasse, die die Gemeinde mit Playa Grande, dem Hauptort der Gemeinde Ixcán, verbindet, und ein halbes Jahrhundert nach der Gründung von Santa María Tzejá.



Josefina Herrera, Foto: Santiago Boton, Prensa Comunitaria

Ihr Arbeitstag ist intensiv und zugleich inspirierend

Der Arbeitstag der jungen Mutter beginnt vor fünf Uhr morgens mit dem Kochen und Vorbereiten des Frühstücks für ihre Kinder, die zur Schule gehen, und dauert normalerweise bis nach neun Uhr abends. Obwohl die Arbeit anstrengend ist, nimmt Josefina Herrera sie mit Begeisterung auf sich. „Jeden Tag habe ich die Gelegenheit, mich mit den Fahrgästen anzufreunden, zu plaudern und Neues zu lernen“, sagt sie. Sie gibt jedoch zu, dass einige Ihrer Kund*innen ungeduldig sind und sich beschweren, wenn es ein paar Minuten Verspätung gibt. An Tagen mit hoher Nachfrage fährt Josefina mehr als 50 Fahrten pro Tag in der Gemeinde, in der etwa 250 Familien leben.

Mildred Aracely Rosales, Schatzmeisterin des Unternehmerkollektivs von Tz'ija, betont, dass Josefinas Einstellung ein patriarchalisches Muster durchbrochen habe, das Frauen auf die Hausarbeit verweise. „Sie hat Verantwortung und Hingabe gezeigt, Stereotypen umgedreht und Türen geöffnet“, sagt sie.

In der Gemeinde Ixcán, in der zwischen 350 und 400 Sammeltaxis verkehren, gibt es nur drei Fahrerinnen, was gerade einmal 0,85 % der Gesamtzahl entspricht. Josefina Herrera González ist eine von ihnen, eine Pionierin, die nicht nur ein Sammeltaxi fährt, sondern auch einen sozialen Wandel herbeiführt, indem sie mit den Stereotypen bricht, die diese Art von Arbeit bisher umgeben.

Josefina sagt, dass es jetzt kein Zurück mehr gibt und sie es nie bereuen wird, den Job als Fahrerin eines Sammeltransporters angenommen zu haben, denn ihr Traum ist es jetzt, ein Motorradtaxi zu fahren. (Prensa Comunitaria)

Totale Mondfinsternis in Guatemala

Guatemala, 14. März – In den frühen Morgenstunden des 14. März erhellte ein roter Mond („Blutmond“) den Himmel Guatemalas und anderer amerikanischer Länder. Dies war die Folge einer totalen Sonnenfinsternis, einem seltenen Himmelsschauspiel, dem zwei Wochen später eine partielle Sonnenfinsternis folgen wird.

Tausende von Guatemalte*innen haben auf diesen Tag gewartet, um dieses Phänomen zu beobachten, das etwa zweimal im Jahr auftritt, wenn Sonne, Erde und Mond in ihrer vollen Phase perfekt aufeinander ausgerichtet sind. Die Erde wirft ihren Schatten auf den Mond, der allmählich seinen weissen Schein verliert. Ein Teil des Sonnenlichts erreicht jedoch weiterhin den Erdrabanten, der durch die Erdatmosphäre gefiltert wird und dadurch eine rötliche Färbung erhält. Die Finsternis dauerte sechs Stunden, die Phase der vollständigen Mondfinsternis etwa eine Stunde. (Prensa Libre)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6